

blzonalen Ämter eine Gelegenheit gegeben ist, diese Dinge zu regeln. Genossinnen und Genossen! Ich kenne auch die Einwände, die von der einen oder anderen Seite gemacht werden, wenn es um Grundsätze sozialdemokratischer Politik geht, die da meinen, das sei alles ganz gut, aber für ihre besonderen Verhältnisse käme das noch nicht in Frage. Die peinlichen Gegensätze zwischen Nord und Süd sind gestern auch hier angeschnitten worden, die Differenzen in der Eierlieferung usw. Auch in unseren Ausschuß haben diese Dinge hineingespielt. Es war das nicht immer angenehm zu hören. Aber wenn wir unter uns die Dinge nicht klären könnten, haben wir auch keine Möglichkeit, ihre Klärung im Reichsmaßstab durchzusetzen. Da sollten wir nicht zu ängstlich und nicht zu lokalpatriotisch sein. Die Agrarpolitik Deutschlands muß ebenso wie die Politik auf vielen anderen Gebieten grundlegend erneuert werden. Wir stehen vor völlig neuen Problemen auf jedem Gebiet, auch auf dem Gebiete der Bodenreform im Zusammenhang mit der Siedlung. Es wird bei uns in diesen Fragen noch vielfach zu sehr nach alten Rezepten und mit alten Manuskripten gearbeitet. Nur wenn es gelingt, uns davon frei zu machen und den Dingen unvoreingenommen entgegenzutreten, wenn wir bereit sind, auch diese Probleme zu lösen, wie alle Probleme gelöst werden müssen: sozialistisch und radikal, dann werden wir die Basis dafür schaffen, daß wir mit den Bauern erfolgreich reden. Davon hängt für die Sozialdemokratische Partei, aber auch für Deutschland, sehr viel ab. Ich weiß, daß es heute noch einige Bezirke gibt, in denen diese Arbeit längst nicht so betrieben wird, wie sie nach der tatsächlichen Bedeutung betrieben werden müßte. Ich hoffe, daß es unseren gemeinsamen Anstrengungen gelingt, genügend Sozialdemokraten an diese Arbeit unmitttelbar heranzubringen. Es muß, glaube ich, bis hinunter in jeden Kreisvorstand mindestens einen sozialdemokratischen Funktionär geben, der sich dieser Aufgabe unterzieht. Wir können dafür heute schon sehr viele geeignete und in ihrem Dorf auf Grund ihrer beruflichen Leistungen anerkannte Bauern finden. Wenn wir überall zeigen und beweisen, daß die Sozialdemokratie als Partei aller arbeitenden Menschen auch die Partei aller arbeitenden Bauern ist, werden wir Vertrauen gewinnen. Das schließt ein, daß sie Feind aller derjenigen ist und bleibt, die von der Ausbeutung leben, auch von der Ausbeutung der Bauern. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge Nr. 19 und 21 in der Vorlage Nr. 4 und über den Antrag Nr. 44 in der Vorlage Nr. 6. — Antrag Nr. 18 ist zurückgezogen. Ich schlage vor, die Anträge Nr. 19 und 21 dem agrarpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung und vor allen Dingen zur Ausarbeitung von Vorschlägen an den Parteivorstand für die notwendigen Aktionen auf den hier erwähnten Gebieten zu überweisen. (Wird einstimmig beschlossen.) Ich schlage vor, den Antrag Nr. 44 der Vorlage Nr. 6 anzunehmen. (Wird einstimmig angenommen.)

Damit ist Punkt 6a erledigt. Wir kommen zu Punkt 6b, die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das Wort hat der Referent *Dr. Paul Nevermann*.

Die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie

Dr. Paul Nevermann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich habe mir als Überschrift für meinen Bericht gewählt: „Den letzten beißen die Hunde.“ Man kann aber auch sagen: „Je später am Parteitag, desto kürzer die Berichte.“ Im Oktober 1940 fand eine erste sozialpolitische Tagung in Bad Gandersheim statt. Die verschiedenen Teilgebiete der Sozialpolitik wurden behandelt, um zunächst einmal eine Schau der Probleme nach der Kapitulation zu gewinnen. Als dann wurde vom Parteivorstand ein sozialpolitischer Ausschuß berufen. Dieser hat die in Gandersheim begonnenen Arbeiten fortgesetzt. In einer Sitzung in Göttingen beschäftigte sich der Ausschuß zunächst mit sozialpolitischen Tagesfragen. Ich will auf die dort gefaßten Beschlüsse nicht eingehen. Sie sind den Bezirken seinerzeit zugegangen und auch in verkürzter Form in dem jetzt vorliegenden Jahrbuch der Partei abgedruckt.

Der Ausschuß befaßte sich dann mit der gerade in diesen Tagen besonders akuten Frage der Organisation der Arbeitsbehörden auf bizonaler Grundlage. Der Ausschuß hat sich eindeutig und einstimmig, um die Einheitlichkeit des Arbeitsrechtes und des Sozialrechtes zu erhalten und für die Zukunft zu gewährleisten, für ein mehrzonales Amt für Arbeit und Sozialwesen eingesetzt. Diesem mehrzonalen Amt soll angegliedert sein eine Mehrzonenanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und ein Amt für Sozialversicherung. Der Ausschuß hat mit besonderem Nachdruck gefordert, daß über diesem bizonalen Amt für Arbeit und Sozialwesen eine politisch-parlamentarische Kontrollinstanz zu stehen hat. Später hat sich dann der Ausschuß, insbesondere in seiner Sitzung in Kassel, mit den Vorarbeiten für ein sozialpolitisches Programm beschäftigt. Es ist gestern der Entwurf eines solchen Sozialprogramms unserer Partei verteilt worden. Ich betone mit Nachdruck, daß es sich nur um einen Entwurf handelte. Ich wünsche — und der Parteivorstand ist auch dieser Auffassung —, daß dieser Entwurf jetzt in den Bezirken zur Diskussion gestellt wird, insbesondere in den sozialpolitischen Ausschüssen der Bezirke. Es sind auch einige Abänderungen der Redaktionskommission in diesem Entwurf noch nicht berücksichtigt worden. Der sozialpolitische Ausschuß wird, wenn die Stellungnahme der Bezirke vorliegt, erneut zusammentreten und die endgültige Fassung des Programms ausarbeiten. Aus diesen Gründen kann ich es mir ersparen, in die Materie dieses Programms einzusteigen. Nur zwei Erläuterungen möchte ich geben. Der Abschnitt „Wohnwesen“ muß so verstanden werden, daß in diesem Sozialprogramm selbstverständlich nur die besonderen sozialpolitischen Gesichtspunkte zum Bau- und Wohnwesen zusammengestellt werden können. Der übrige Teil, und zwar der wesentlichste Teil eines Bau- und Wohnungsprogrammes, gehört entweder in ein Wirtschaftsprogramm oder in ein besonderes Programm für das Bau- und Wohnwesen. Für ein solches Programm liegen sehr beachtliche Entwürfe aus Berlin und aus Hamburg bereits vor. Es wird eine besondere Konferenz zusammentreten müssen, um dieses Programm für die sozialdemokratische Bau- und Wohnungspolitik vorzulegen. Der Abschnitt „Flüchtlingswesen“ muß noch durch die Arbeit des Flüchtlingsausschusses ergänzt werden. Es kommt aber in diesem Programm nicht darauf an, Gegenwartsforderungen des Flüchtlingswesens zusammenzustellen, sondern nur die in die Zukunft weisenden echten sozialpolitischen Gesichtspunkte auf diesem Gebiet.

Im übrigen will ich zu dem vorgelegten Programmentwurf folgende Anträge stellen:

Erstens. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programmes wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen zur Stellungnahme überwiesen.

Zweitens. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogrammes auszuarbeiten.

Ich habe mich dann auftragsgemäß mit den Anträgen zu beschäftigen, die auf den Gebieten der Sozialpolitik vorliegen. Es handelt sich um die Anträge Nr. 31 und 36. Ich beantrage, daß diese Anträge dem sozialpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung überwiesen werden.

Die Frauenkonferenz hat beschlossen, daß der sozialpolitische Ausschuß sich außerdem mit dem § 218 befassen soll. Sie sehen, daß eine Fülle von Arbeit für den sozialpolitischen Ausschuß bereitsteht, und zwar auch eine Fülle laufender Arbeit. Aus der Fülle dieser Aufgaben leite ich das Recht her, die Forderung an den Parteivorstand zu erheben, beim Parteivorstand eine besondere Zentralstelle für Sozialpolitik zu schaffen, besetzt mit einem besoldeten sozialpolitischen Sekretär. (Zustimmung.)

Es ist unmöglich, Genossinnen und Genossen, all diese laufenden sozialpolitischen Aufgaben und die Richtlinien, die darüber an die Bezirke und Fraktionen herausgegeben werden müssen, ehrenamtlich zu erledigen. Es ist auch unmöglich, daß einer der jetzigen Parteivorstandsmitglieder oder Sekretäre die Arbeiten

zusätzlich macht. Die Genossen im Parteivorstand sind mit den bisherigen Arbeitsgebieten bereits mehr als überbelastet. Die Sozialdemokratie kann sich aber nicht erlauben, das Gebiet der Sozialpolitik zu vernachlässigen und auf diesem Gebiet von anderen Parteien überspielt zu werden. Die Sozialdemokratie ist ja nicht nur Vertreterin des arbeitenden Menschen, sondern wir sind ja eine soziale Bewegung des arbeitenden Menschen selbst. Aus diesem Grunde ist es eine sozialistische Aufgabe, sich in erster Linie mit den sozialpolitischen Problemen der Gegenwart zu beschäftigen. Abschließend will ich doch daran erinnern, daß am Beginn der sozialistischen Bewegung vor nunmehr fast 100 Jahren der Kampf für die Verbesserung der Arbeitswürde und der Lage des arbeitenden Menschen stand. Es ist vielleicht gut, in der Fülle der großen politischen Probleme daran zu erinnern, daß bis auf den heutigen Tag der tiefste Sinn der sozialistischen Bewegung ist, dieses Urziel im Auge zu behalten: Den arbeitenden Menschen in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Lage zu heben und zu fördern. Das ist der Ursinn unserer sozialistischen Bewegung. Daraus ergibt sich, daß unsere Partei sich in verstärktem Maße um die sozialpolitischen Probleme kümmern muß. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Aussprache. Mit zur Diskussion stehen die Anträge Nr. 32 bis 36 der Vorlage Nr. 4.

Das Wort hat Genosse *Rudolf Wissel*, Berlin.

Rudolf Wissel sen., Berlin (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Daß der Zufall diesen Punkt der Tagesordnung beinahe an den Schluß des Parteitages gestellt hat, soll in keiner Weise eine Wertung sein, oder etwa dartun, daß dem Gebiet der Sozialpolitik nicht gebührende Beachtung geschenkt wird. Die Sozialpolitik ist in der heutigen Zeit nötiger, als sie es je gewesen ist. Millionen von Kriegshinterbliebenen sind zu betreuen. Millionen und aber Millionen von Flüchtlingen und Verdrängten, unzählige weitere Kranke — ich will nur kurz die Zunahme der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten erwähnen — stellen uns vor Aufgaben, wie sie noch keine Zeit in diesem Ausmaß zu erfüllen gehabt hat. Wer ein feines Ohr hat, der hört heute noch das Rauschen der Fittiche des Todes, deren Schatten schon im Gesicht so vieler von diesem Schatten Betroffenen gezeichnet ist.

Gerade darum sage ich, daß die Sozialpolitik heute beinahe mit zum Zentralproblem auch der Sozialdemokratie geworden ist. Was aber not tut, ist Klarheit über das Gebiet der Sozialpolitik. In der bisherigen Diskussion — nicht hier auf dem Parteitag — ist leider nicht immer eine absolute Klarheit auf diesem Gebiet in Erscheinung getreten.

Ich möchte zunächst ein ganz kurzes Wort zur Gewerkschaftsfrage sagen, und zwar um deswillen, weil ja alle Fragen, die die Gewerkschaftsbewegung zu erledigen hat, Fragen der Sozialpolitik sind. Tarifvertrags- und Lohnrecht, Betriebsräte usw. — alles das sind Fragen, die die Gewerkschaften mit zu lösen haben. Die Gewerkschaften sind heute vor neue Aufgaben gestellt. Sie haben nicht nur die Mitarbeit in der Wirtschaft zu erfüllen, sie sind auch dafür mitverantwortlich. Darum freue ich mich, daß der Genosse *Ollenhauer* in seinem Schlußwort erklärt hat, daß der Parteivorstand positiv zu der Gewerkschaftsbewegung stehe. Damit ist meiner Meinung nach auch ausgesprochen, daß er sich dort, wo durch Maßnahmen der Besatzungsmächte die Tätigkeit der Gewerkschaften beeinträchtigt wurde, dagegen wenden wird.

Genossen! Im Jahrbuch der Partei, wie es eben der Genosse *Nevermann* schon mitgeteilt hat, finden Sie die Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses in Göttingen, und darin finden Sie auch die erschütternde Feststellung, daß fast die Hälfte der Arbeiter heute nicht in der Lage ist, mit ihrem Arbeitsverdienst auch nur die jetzigen Hungerrationen zu bezahlen und sie sich restlos zu beschaffen. Die Gewerkschaften müssen daher auch in viel höherem Maße die Möglichkeit haben, hier einzugreifen und auch Tarifverträge abzuschließen. Noch ist es nicht in allen Zonen möglich.

Seit 1945 haben wir eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Es gibt keine besonderen Richtungsgewerkschaften mehr. Wir begrüßen das, und wir begrüßen vor allem, daß die neue Gewerkschaftsbewegung sich auch einheitlich für eine demokratische Planwirtschaft eingesetzt hat. Die neue Form der Gewerkschaften zwingt aber auch die Partei, um die Gewerkschaftsmitglieder zu werben. Ich sage bewußt nicht, um die Gewerkschaften, sondern um die Mitglieder. Wir wollen keine parteipolitischen Gewerkschaftsorganisationen. Aber wir wollen politisch denkende Gewerkschaftsmitglieder, und wir müssen die politisch denkenden Gewerkschaftsmitglieder davon überzeugen, daß die SPD die einzige Partei ist, die ehrlich für eine echte Sozialpolitik kämpft. Deshalb muß auch ein sozialpolitisches Programm der Partei Grundlage unserer Betriebsarbeit sein, und es ist Aufgabe des Parteivorstandes, für die Verbreitung dieser Aufgabe zu sorgen.

Wir müssen auch dafür sorgen, daß eine einheitliche Sozialpolitik im Reich besteht, daß wir nicht in jedem einzelnen Lande, in jedem einzelnen Gebiet, das besetzt ist, ein anderes Arbeitsrecht, eine andere Lohnpolitik, eine andere Sozialpolitik haben. Deshalb begrüßen wir es auch, daß der neue Wirtschaftsrat ein Mehrzonenamt für die Arbeit fordert. Auch hier muß die Partei fördernd sein.

Der sozialpolitische Ausschuß hat Ihnen in der Vorlage, die Ihnen vorliegt, gewissermaßen die Grundlage für einen klaren Aufbau einer sozialdemokratischen Arbeits- und Sozialverwaltung gegeben. Der Parteivorstand hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alle Bezirke und alle Minister aller Fraktionen im gleichen Sinne auch für dieses Ziel arbeiten.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik sollte es eigentlich in unseren Reihen keine Meinungsverschiedenheit geben. Und doch müssen wir feststellen, daß hier und da Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Es haben sich für die Gestaltung der Sozialversicherung in der Nachkriegszeit Einflüsse geltend gemacht, die nicht immer von rein sachlichen Gesichtspunkten getragen werden. (Sehr richtig!) Es haben sich sowohl politische als auch Gefühlsmomente eingeschaltet, die dem Wesen der Sozialpolitik, wie wir sie in der Zukunft treiben müssen, nicht immer gerecht werden. Wenn wir hören, daß einzelne Gebiete sich selbständig gemacht haben, während doch die Reichsversicherungsordnung immer noch gilt — sie ist nicht aufgehoben —, wenn ein kleines Land sich herläßt, eigene Berufsgenossenschaften zu bilden, und dabei übersieht, daß die Konsequenz dann die ist, daß es natürlich auch die alten Renten aus seinen eigenen Mitteln zu bezahlen und zu tragen hat — dann sind das Wege, die wir nicht für richtig halten können.

Unter dem Namen Einheitsversicherung verbergen sich sehr starke politische Tendenzen, denn einzelnen, dem sie nur gefühlsmäßig zum Bewußtsein kommen, gewiß nicht erkennbar. Zuerst, als wir eine Einheitspartei in Berlin angeboten haben, da wurde das mit abwehrenden Händen abgelehnt. Da hofften noch diejenigen, die das ablehnten, die Mehrheit der Arbeiter auf ihrer Seite. Als diese Hoffnung vorbei war, da war auf einmal die Einheit das, was unter allen Umständen geschaffen werden mußte: einheitliche Gewerkschaftsbewegung, einheitliche Sozialversicherung. Und dann ging die Parole ins Land hinaus: einheitliche Renten für Arbeiter, für Angestellte und für Bergarbeiter, immer aber erst, wenn der Betreffende Invalide wäre. Es muß geradezu wie ein Guß mit kaltem Wasser auf die Arbeiter gewirkt haben, wenn sie hörten: einheitliche Renten für alle Arbeiter. Ja, das ist geändert worden. Selbst im russischen Gebiet hat man den Bergarbeitern wieder das gegeben, was sie angesichts der außerordentlichen Gefahrenmomente ihrer Arbeit auch mit Recht zu beanspruchen haben. Damals war übersehen worden, daß der Bergarbeiter immer sein Totenhemd anhaben kann, wenn er in die Grube hinunterfährt. Er weiß nicht, ob er aus ihr wieder herauskommt, und wir haben ja am gestrigen Tage gehört, wie es den Bergleuten gehen kann. So geht es nicht, alles will genau überlegt werden.

Man darf auch folgendes nicht übersehen: Die Rentenversicherung für Invaliden und Angestellte kann zusammengelegt werden. Darüber kann ich im Augenblick nicht sprechen. Aber die Rentenversicherung ist auf dem Wege, in eine Katastrophe hineinzugleiten. Nur ein Wort dazu. Als seinerzeit die Invalidenversicherung ge-

schaffen wurde, nahm man an, in fünfzig Jahren ist der Beharrungszustand erreicht, da sind die zugehenden und abgehenden Renten etwa in gleicher Höhe, und dann ist das Gleichgewicht da. Damals konnte man noch nicht ahnen, daß die Geburtenhäufigkeit wesentlich zurückgehen würde. Heute, 1947, treten in das Rentengenußalter diejenigen, die im Jahre 1882 geboren sind. Damals hatten wir auf 1000 Einwohner — Männer, Kinder und Greise, alles einbegriffen — eine Geburtenhäufigkeit von 37 und 38. Heute werden es wahrscheinlich im ganzen Reich keine 15 sein. Die Basis der Versicherung ist wesentlich schmaler geworden. Heute sind ja auch die Arbeitsmöglichkeiten in dem Umfange gar nicht gegeben, wie sie in der Vorkriegszeit gegeben waren. Und woher sollen denn all diese Leistungen der Versicherung fließen? Sie können doch nur erarbeitet werden. Sie fließen aus der Arbeit derer, die sie schaffen.

Zum Schluß noch ein Wort in Ergänzung dessen, was der Genosse Nevermann gesagt hat. Wenn Sie den Entwurf des sozialpolitischen Programms der SPD zur Hand nehmen, dann werden Sie gleich auf der ersten Seite unter den allgemeinen Forderungen im zweiten Absatz finden: daß jeder nicht voll Erwerbsfähige Anspruch auf ein Mindesteinkommen aus öffentlicher Arbeitslosen- oder Sozialversicherung haben soll, bis eine sozialistische Planwirtschaft eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ermöglicht. Und nun heißt es weiter: „Das gilt auch für die Opfer der beiden Weltkriege und für die Opfer des Naziterrors.“ Genossen, Sie müssen dieses „das gilt“ auf das Mindesteinkommen beziehen. Es ist hier ein technisches Druckversehen vorgekommen. Die Sozialversicherung, die Rentenversicherung ist außerstande, diese Lasten noch auf sich zu nehmen. Das ist Aufgabe des Staates, und das Steueraufkommen muß dafür zur Verfügung stehen. Der Programmentwurf ist nur eine Diskussionsgrundlage. Es ist auch manches weitere Redaktionelle oder Drucktechnische übersehen worden. Ich glaube, wenn wir in dem alten Geist an die neuen Aufgaben herangehen, dann werden wir zwar nicht alle Wünsche erfüllen, aber doch zu den berechtigten und unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Leistungssteigerungen auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung kommen. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Das Wort hat der Genosse Heinrich Kramer, Bielefeld.

Heinrich Kramer, Bielefeld: Genossinnen und Genossen! Sozialpolitik treiben heißt helfen, und helfen ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Wenn wir uns heute unsere Sozialversicherungs-Gesetze oder -Verordnungen ansehen, dann müssen wir doch das eine feststellen: sie geben denjenigen, die unter diesen Auswirkungen des Nazireiches am schlimmsten gelitten haben, das allerwenigste. Wenn wir mit den Kreisen zusammenkommen, die heute unterstützt werden müssen, so halten sie uns entgegen: Seht euch das an, unsere Renten hat man uns gekürzt, unsere Renten sind bis zu dem heruntergerechnet worden, daß wir davon nicht mehr leben und auch kaum noch davon sterben können. Ich glaube, das ist das Schlimme, was uns heute belastet. Wir haben zuviel Probleme nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zu erledigen, und wir kommen scheinbar nicht dazu, dieses Problem, das eins der wichtigsten ist, grundsätzlich anzufassen.

Ich weiß nicht, was es im vorigen Jahr im August zu bedeuten hatte, wie man die Renten der Kriegerfrauen und Kriegerwitwen heruntersetzte und auf der anderen Seite die Pensionen der Beamten usw. bestehen ließ. Es müßte eigentlich so sein, daß die Beamten heute, wenn sie mit den Fürsorgeberechtigten zusammen treffen, einen roten Kopf bekommen. Denn es ist doch bezeichnend, daß auf der einen Seite erklärt wird, wir könnten nicht bezahlen, und auf der anderen Seite werden diese Gehälter und Pensionen ruhig weiter gezahlt. Ich glaube, wir müßten vor allem einmal darauf Wert legen, daß da ein Ausgleich erzielt würde, denn es geht doch heute nicht an, daß wir die Frauen, deren Männer noch hinter den Stacheldrähten sitzen, mit den Hungerpfennigen versorgen und die Beamten, die vielleicht überhaupt nicht Soldat gewesen sind oder durch irgendwelche Umstände früh zurückgekommen sind, wieder ihre Pensionen usw. bekommen, und daß wir es weiter

nicht durchdrücken können, daß die sogenannten Sozialrenten heute nicht mehr in der Höhe bezahlt werden, wie sie bezahlt werden müßten.

Wenn der Genosse *Schumacher* von der gleichen Armut für alle sprach, die dem deutschen Volke im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich beschert werden müßte, so müßten wir das vor allen Dingen berücksichtigen. Ich habe nicht vor, irgendwelche Spitzen gegen die Beamten vorzubringen, aber das eine müßten wir uns merken, nämlich daß das ein vordringliches Problem ist, hier so schnell wie möglich einen Ausgleich zu schaffen. Denn die Frauen schreiben das ihren Männern in die Gefangenschaft, und wenn die Männer zurückkommen, werden sie sich darüber wundern, was wir hier in Deutschland für Verhältnisse haben. Es geht nicht an, daß der eine Teil heute gar nichts mehr hat und der andere Teil alles. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Die Diskussion ist geschlossen. Der Genosse *Nevermann* verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung. Es liegt zunächst der Antrag des Berichterstatters vor, der Entwurf eines sozialpolitischen Programms. Der Antrag ist nicht vervielfältigt. Ich lese ihn deshalb noch einmal vor:

1. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programms wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen überwiesen.

2. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogramms auszuarbeiten.

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Dann hat der Genosse *Nevermann* als Referent im Einvernehmen mit dem Parteivorstand vorgeschlagen, die Anträge 31, 32, 33 und 34 dem sozialpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. Wer für die Annahme dieses Vorschlages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Weiter schlagen wir in Abänderung des Antrages des Berichterstatters, aber im Einvernehmen mit ihm, vor, die Anträge 35 und 36 nicht dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen, sondern hier anzunehmen. Wer dafür ist, daß diese beiden Anträge angenommen werden, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch das ist einstimmig beschlossen.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt, und wir kommen jetzt zum Punkt 7 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge

Ich schlage vor, daß wir mit der Beratung des Antrages Nr. 52 in der Vorlage Nr. 12 beginnen, der sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt, und ich bitte den Genossen *Ernst Herder*, Regensburg, dazu das Wort zu nehmen.

Helmut Herder, Regensburg: Genossinnen und Genossen! Der Parteitag in Hannover vom Jahre 1946 hat in der einstimmigen Annahme der Resolution, die sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt hat, den Flüchtlingen das Versprechen abgegeben, ihnen zu helfen, und der Parteitag heute hat nun das Recht und die Pflicht, zu untersuchen, ob und inwieweit dieses Versprechen in der Zwischenzeit wahrgemacht worden ist.

Ich darf zunächst auf etwas kommen, was die Flüchtlinge ja ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Einstellung und Bindung berührt. Das ist die Grenzfrage im Osten Deutschlands, und ich darf dem Genossen *Schumacher* von dieser Stelle aus für die Haltung danken, die er in dieser Frage eingenommen hat. Denn von dieser Haltung sind die Flüchtlinge unmittelbar am meisten berührt worden. (Beifall.)